



Das Lichtenberger Register Auswertung des 1. Halbjahres 2017

Januar bis Juli 2017:

Zwei muslimische Mädchen werden am Anton-Saefkow-Platz angeschrien, ein Flüchtlingsjunge wird an der Rhinstraße geschlagen, mehrere Mädchen auf dem U-Bhf. Tierpark antiziganistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen, ein Mann wirft im Vorbeifahren eine Bierflasche gegen ein Wohnheim für minderjährige Flüchtlinge, in der Sewanstraße wird im Bus eine Frau mit Kinderwagen rassistisch beleidigt. Zwar sind die Angriffe im Bezirk im Vergleich zum letzten Jahr gesunken, die Hemmschwelle bei den Tätern, Kinder und Jugendliche zu bedrohen oder anzugreifen jedoch auch.

Im ersten Halbjahr 2017 wurden in Lichtenberg **158 Vorfälle** gezählt. Damit bewegt sich die Anzahl auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums (158 Vorfälle). Auch die Zuordnung zu den inhaltlichen und örtlichen Kategorien sowie der Motivation der Täter_innen ist im Großen und Ganzen gleich geblieben. Weiterhin ist **Rassismus** (75) das Hauptmotiv, auch wenn es hier einen Rückgang gab. Vor

allem Angriffe und Bedrohungen, aber auch Propaganda waren rassistisch motiviert. Wie bereits erwähnt werden dabei die von Gewalt Betroffenen immer jünger. Die Mobilisierung gegen Flüchtlinge, ihre Unterbringungen und Unterstützer_innen drückt sich inzwischen nicht mehr in Form von Aufmärschen und Kundgebungen aus, sondern in Propaganda sowie Angriffen, Bedrohungen und Sachbeschädigungen. Eine Steigerung gab es bei der **Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus** (28), worunter unter anderem die

jährliche NPD-Kundgebung gegen das Befreiungsfest am deutsch-russischen Museum Karlshorst zählt. Klassische Neonaziorganisationen fokussieren sich stärker wieder auf dieses Thema.

Propaganda (119) verschiedenster extrem rechter und rechtspopulistischer Organisationen wurde im Bezirk fast täglich verteilt, geklebt, gesprüht oder in sozialen Netzwerken gepostet. Ne-

ben Aufklebern in Gedenken an den SA-Führer Horst Wessel der „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) und Plakaten der „Identitären Bewegung“ für ihren Aufmarsch im Wedding waren es oftmals Petitionspostkarten von „Pro Deutschland“ gegen Flüchtlinge. Insgesamt acht **Sachbeschädigungen** gab es im Analysezeitraum in Lichtenberg. Die meisten richteten sich gegen als politische Gegner_innen wahrgenommene Einrichtungen, wie Stadtteilzentren, Jugendklubs und Parteibüros.

Mit den Kundgebungen der Neonazipartei „Der III. Weg“ und des Berliner PEGIDA-Ablegers BärGIDA am S-Bhf. Lichtenberg - an der auch Akteure der lokalen AfD teilnahmen, präsentierten sich zwei extrem rechte Akteure mit öffentlichen Veranstaltung im Bezirk, die vorher nur mit Propaganda aufgetreten waren. Die Lichtenberger NPD, die sonst wenig im öffentlichen Raum wahrnehmbar ist, veranstaltete im Monat Mai wöchentliche Parteistände.

Die Hemmschwelle der Täter, auch Kinder und Jugendliche anzugreifen sinkt



Web: www.licht-blicke.org
www.berliner-register.de/lichtenberg
Mail: register@licht-blicke.org
Tel.: 030 - 505 665 18
Stand: 25. Juli 2017
Redaktion und Gestaltung: Michael Mallé

Vi.S.d.P.: Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen.
In Trägerschaft der pad gGmbH.

Das Lichtenberger Register

Seit 2006 existiert im Berliner Bezirk Lichtenberg das Register. Es wurde als Projekt der Fach- und Netzwerkstelle „Licht-Blicke“ in Trägerschaft des pad e.V. (heute pad gGmbH) konzipiert. Seitdem werden die Zahlen neonazistischer, rassistischer und anderer diskriminierender Vorfälle in Lichtenberg gesamt-

melt, jährlich ausgewertet und veröffentlicht. Das ermöglicht die Analyse von Entwicklungen im Bezirk. Sie wird lokalen Akteuren und Initiativen sowie politischen Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt.

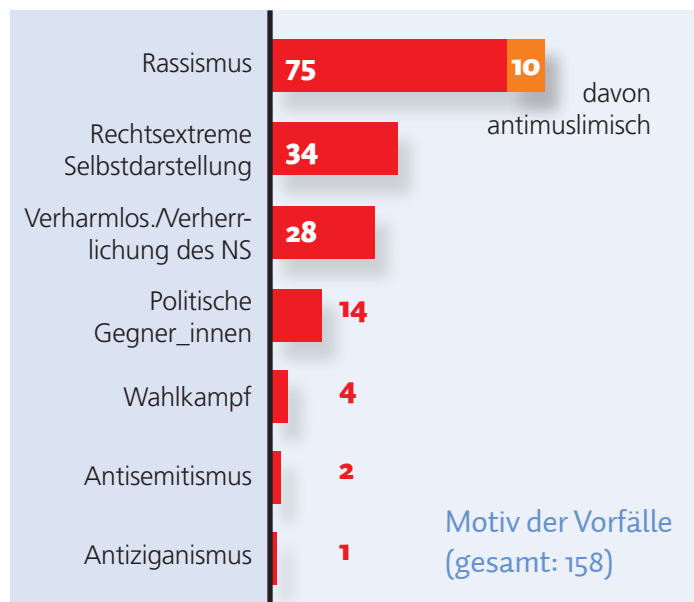
Alle Informationen finden sich auf www.berliner-register.de

Motiv der Vorfälle

Die Vorfälle in Lichtenberg, die **rassistisch** oder **antimuslimisch** (1. HJ 2017: 75 - 1. HJ 2016: 114) motiviert waren, stellen auch 2017 mehr als die Hälfte der Vorfälle in der inhaltlichen Einordnung. Allerdings ist mit Blick auf das Vorjahr ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Einige der Neonaziorganisationen scheinen sich in ihren Aktivitäten wieder verstärkt auf klassische **NS-Themen** (1. HJ 2017: 28 - 1. HJ 2016: 9) zu konzentrieren. Dort gab es – vor allem im Bereich Propaganda (Aufkleber, Plakate, Sprühereien) – einen deutlichen Anstieg. Dazu zählen gesprühte Hakenkreuze, positive Bezüge auf NS-Größen und die negative Konnotation der militärischen Zerschlagung Nazideutschlands 1945.

Bei Angriffen und Bedrohungen bleibt Rassismus der dominierende Antrieb. Die **rechte Selbstdarstellung** fällt mit 34 Fällen (1. HJ 2016: 25) ins Gewicht, während 14 Vorfälle gegen **politische Gegner_innen** (1. HJ 2016: 10) gerichtet waren. Eine **antisemitische** Bedrohung richtete sich gegen einen jüdischen Cafébetreiber in Lichtenberg. In Hohenschönhausen wurden antisemitische Plakate angebracht. Ein Angriff auf mehrere Mädchen geschah aus **antiziganistischer** Motivation.

Da für die Bundestagswahl im September dieses Jahres mehrere rechte Parteien bereits mit Vorbereitungen und Veranstaltungen begonnen haben, wurden diese in der Sonderkategorie **Wahlkampf** zusammengefasst (1. HJ 2017: 4).



Die Berliner Register

Register sind Dokumentationen von rassistisch, antisemitisch, lgbtiq-feindlich*, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger_innen bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht.

Das erste Register wurde 2005 in Pankow eingerichtet, es folgten weitere in Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg. Im Jahr 2013 wurden in Charlottenburg-Wilmersdorf und Neukölln Register aufgebaut. Seit 2016 existieren in allen Berliner Bezirken Register. Die Finanzierung der Registerstellen wird aus Mitteln der Bezirke und des Berliner „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ ermöglicht. Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur anzeigerelevante Vorfälle wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Be-

drohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen. Durch die Veröffentlichung der Vorfälle und die aktive Beteiligung der Bürger_innen am Register wächst das Interesse für die Problematik der Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl selbst auch betroffenen sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber jenen Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren.

Register haben Grenzen. Sie können in die Auswertung immer nur die Fälle einbeziehen, die die Polizei veröffentlicht, die den Anlaufstellen oder der Opferberatung gemeldet werden. Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen und muss nicht zwangsweise auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen. Bundesweite Studien zeigen weiterhin, dass rechtsextreme Einstellungen keineswegs nur am Rand der Gesellschaft existieren, sondern dass sie von ca. 15 Prozent der Gesellschaft vertreten werden. Von einer Dunkelziffer an Vorfällen ist daher auszugehen.

*Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen richten. LBGTIQ steht für Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer.

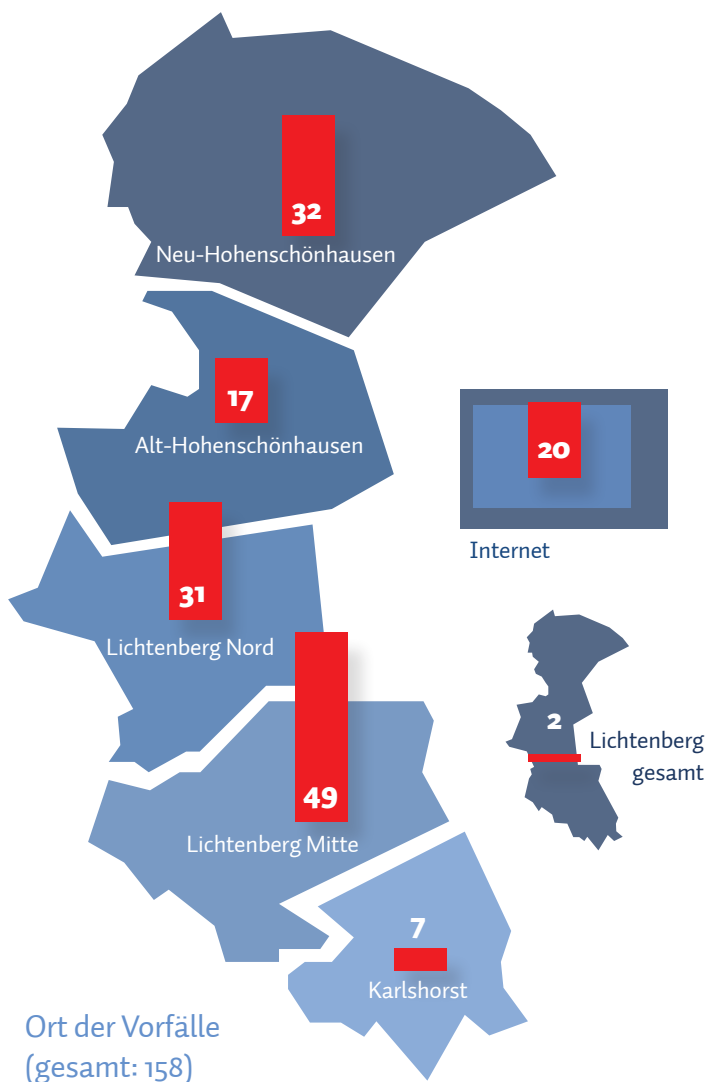
Ort der Vorfälle

Im Bezirksteil **Lichtenberg-Mitte** fand etwa ein Drittel der Vorfälle (1. HJ 2017: 49 - 1. HJ 2016: 46) statt. Sämtliche vom Lichtenberger Register beobachteten Organisationen hatten hier einen ihrer Schwerpunkte – von NPD über „Der III. Weg“, die AfD, „Pro Deutschland“ bis hin zu ANB und die „Identitäre Bewegung“. Zwei der fünf Angriffe ereigneten sich in Lichtenberg Mitte – beide im Umfeld oder direkt auf Bahnhöfen.

Neu-Hohenschönhausen (1. HJ 2017: 32 - 1. HJ 2016: 38) war vor allem von Propagandawellen – meist von „Pro Deutschland“ betroffen. Zwei NPD-Stände und eine Beleidigung durch eine AfD-Aktivistin im Rahmen eines Anwohnerfestes wurden gezählt. In **Lichtenberg-Nord** (1. HJ 2017: 31 - 1. HJ 2016: 18) haben sich die Zahlen fast verdoppelt, während die Vorfälle in **Alt-Hohenschönhausen** abnahmen (1. HJ 2017: 17 - 1. HJ 2016: 29). In Lichtenberg-Nord fanden unter anderem ein Angriff, zwei Bedrohungen und drei Sachbeschädigungen statt. Alt-Hohenschönhausen war neben Propaganda auch Austragungsort des Stammtisches der NPD. Auf dem Gelände eines lokalen Jugendklubs wurde ein großflächiges Hakenkreuz gesprüht.

In **Lichtenberg-Süd** (Karlschorst) waren sieben Vorfälle (1. HJ 2016: 4) zu verzeichnen. Zu diesen gehören jedoch ein gemeinschaftlicher Angriff auf einen Flüchtling, die jährliche NS-verherrlichende Kundgebung der NPD am 8. Mai, sowie großflächige Neonazischritzüge im Umfeld des Bahnhofs.

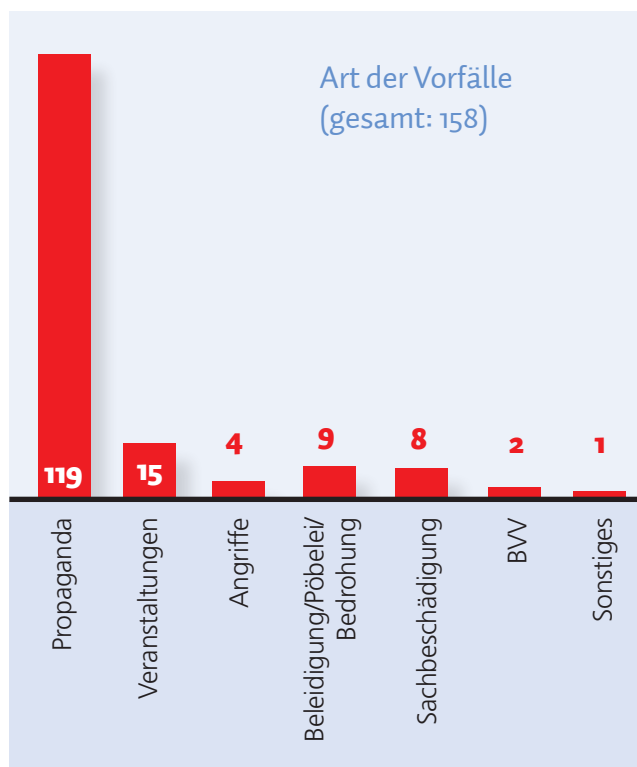
Dass das **Internet** (1. HJ 2017: 20 - 1. HJ 2016: 20) ein wichtiger Resonanzraum für Rechte jeglicher Couleur ist, zeigt sich an den regelmäßig gepflegten Seiten der lokalen extremen Rechten und Rechtspopulist/innen in sozialen Netzwerken. Hier ist das gesamte Spektrum von flüchtlingsfeindlichen Beleidigungen bis hin zu Mordfantasien zu finden. In einem Kommentar wurde gefordert, ausländische Straftäter zu steinigen. Die Seitenbetreiber_innen haben den Kommentar bis heute nicht gelöscht.



Art der Vorfälle

Den Hauptteil der Vorfälle macht mit 119 weiterhin **Propaganda** (1. HJ 2016: 117) aus. Während sich Organisationen wie die rechtspopulistische Partei „Pro Deutschland“ auf Postwurfsendungen mit Schwerpunkt Hohenschönhausen beschränkt, sind Neonazigruppierungen wie die Partei „Der III. Weg“ oder die „Autonomen Nationalisten Berlin“ (ANB) vor allem mit Aufklebern und Sprühereien in Lichtenberg aktiv. Internetbeiträge machen etwa ein Sechstel der Propagandavorfälle aus. Einen weiteren Rückgang gibt es bei **Veranstaltungen** im Bezirk (1. HJ 2017: 15 - 1. HJ 2016: 19). Dafür haben sich diese inhaltlich diversifiziert. Es fanden Kundgebungen, Stände sowie Stammtische und Wahlveranstaltungen der NPD, AfD, des „III. Wegs“ und des Berliner PEGIDA-Ablegers BärGIDA statt. Die Kneipe „Sturgis“ sowie eine weitere Lichtenberger Kneipe wurden von Neonazis für Feiern genutzt, bei denen es zu NS-Verherrlichungen und antisemitischen Beleidigungen kam. Auch **Angriffe** (1. HJ 2017: 4 - 1. HJ 2016: 12) fanden im Analysezeitraum deutlich weniger statt, wobei es hier meist zu Nachmeldungen kommt. Dafür stiegen die **Beleidigungen/Pöbeleien/Bedrohungen** (1. HJ 2017: 9 - 1. HJ 2016: 7) und vor allem die **Sachbeschädigungen** (1. HJ 2017: 8 - 1. HJ 2016: 2) an. Trafen die Angriffe und Bedrohungen überwiegend Migrant_innen, so waren die Sachbeschädigungen gegen Parteibüros, Jugendklubs und Nachbarschaftszentren gerichtet.

Die Lichtenberger **BVV** (1. HJ 2017: 2) wurde von der AfD für Anträge und Reden mit diskriminierendem Inhalt genutzt.



Fazit

Es ist Bewegung in der extrem rechten und rechtspopulistischen Organisationslandschaft in Lichtenberg. Während das Konzept der **„Nein zum Heim“-Gruppen** auch im Bezirk gescheitert ist und die **NPD** weiter an Bedeutung verliert, versuchen andere Neonaziorganisationen diese Lücke zu füllen.

Mit seinem an klassischen Naziparteien orientierten Auftreten ist das vor allem die Partei **„Der III. Weg“**, die über mehrere Lichtenberger Aktivist_innen verfügt. Bei den Autonomen Nationalisten Berlin sammeln sich jüngere, aktionsorientierte Neonazis, denen die NPD zu dröge ist. Klassische NS-Verherrlichung und Bedrohung von politischen Gegner_innen stehen auf dem Programm.

Trotz herber Verluste bei den Berlinwahlen im letzten Jahr, verteilt die rechtspopulistische Partei **„Pro Deutschland“** weiter regelmäßig Postkarten, Zeitungen und Flyer in Briefkästen im Bezirk. Sie setzen dabei einerseits auf Kampagnen gegen Flüchtlinge und für ein Kopftuchverbot, andererseits versuchen sie mit niedrigschwelligen Hilfskampagnen, wie z.B. Essen und Kleidung für Obdachlose, weitere Menschen einzubinden - mit mäßigem Erfolg.

Sowohl bei der Wahl, als auch im parlamentarischen Betrieb dominiert die **„Alternative für Deutschland“** im rechtspopulistischen Bereich. Die zwei Lichtenberger AfD-Abgeordneten im AGH Berlin und die zwölf AfD-Verordneten in der BVV so-

Während die NPD an Bedeutung verliert, versuchen andere Neonaziorganisationen diese Lücke zu füllen.

wie der AfD-Stadtrat stellen die Basis für eine Verbandsarbeit, die aus Stammtischen, Anfragen in der BVV, Ständen auf Bürgerfesten und der Teilnahme an Diskussionsrunden besteht. Dabei bedient die AfD einerseits das Image der Kümmererpartei und streut andererseits gezielte Provokationen gegen „das Systemparteienkartell“. Extrem rechte Ausfälle sind auch weiterhin vom Lichtenberger AfD-Personal zu erwarten – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl im September diesen Jahres. Die **„Identitäre Bewegung“**, die im Vorfeld ihres Aufmarsches am 17. Juni im Wedding an vielen Orten Plakate klebte und sonst selten mit Aufklebern und Flugblättern im Bezirk wahrnehmbar ist, sieht Lichtenberg vermutlich mangels zentraler medienwirksamer Orte nicht als wichtigen Aktionsraum. Und auch die Kundgebung von **BärGIDA** in Lichtenberg wird nicht zur Regelmäßigkeit werden, auch wenn die anwesenden Rechten dem deutlich größeren Gegenprotest „Wir kommen wieder“ entgegenriefen.

An extrem rechten und rechtspopulistischen Akteuren, die den Bezirk als Wohn- und Aktionsraum begreifen, mangelt es trotzdem nicht. Es benötigt weiterhin inhaltlich abgestimmte und mit Leben gefüllte zivilgesellschaftliche Gegenstrategien. Die müssen sich stets neu an den Veränderungen der extrem rechten und rechtspopulistischen Organisationslandschaft in Lichtenberg ausrichten.



Werden Sie Register-Anlaufstelle

Das Register funktioniert nur, wenn es Menschen im Bezirk gibt, die Beobachtungen machen und diese dem Register mitteilen. Dazu können Sie uns direkt eine Mail schicken. Wenn Sie als Jugendklub, Nachbarschaftszentrum oder Verein

eine Anlaufstelle werden wollen, dann nehmen Sie Kontakt auf. Sie bekommen dann ein Anlaufstellen-Plakat und Meldebögen zugesandt. Bei Bedarf führen wir Schulungen für Anlaufstellen durch.

Kontakt: register@licht-blicke.org